

Faktenblatt zur Novellierung des brasilianischen Waldgesetzes

Der Amazonasregenwald ist der größte zusammenhängende Regenwald der Erde, dessen heutige Fläche (etwa 60% davon entfallen auf Brasilien) fast 15-mal so groß wie die Deutschlands ist. Er gehört zu den artenreichsten Ökosystemen des Planeten und seine klimastabilisierende Wirkung ist von globaler Bedeutung.

Wirtschaftliches Wachstum der Amazonasanrainerstaaten und zunehmende globale ökonomische Interessen führen zur großflächigen Entwaldung und zu Störungen des Wasserkreislaufes. Jährlich werden im brasilianischen Amazonas durchschnittlich 1,65 Millionen ha Regenwald gerodet, das entspricht der Fläche von Thüringen.

Seit Mai 2011 steht eine Novellierung des brasilianischen Waldgesetzes (Código Florestal) an. Die Gesetzesinitiative hat das Ziel, die Rodungsaufgaben für Grundbesitzer zu lockern und verspricht eine Amnestie für zurückliegende illegale Abholzungen. Betroffen ist eine Fläche von mindestens 70 Millionen Hektar, eine Fläche so groß wie Deutschland, Österreich und Italien zusammen. Wenn das Gesetz umgesetzt wird, führt dies zu zusätzlichen Abholzungen und unterlassenen Wiederaufforstungen. Die Folge: Emissionen in Höhe von bis zu 28 Milliarden Tonnen CO₂-Äquivalent (72% davon würden im Amazonas-Gebiet verursacht werden).

Das brasilianische Waldgesetz (Código Florestal)

Das brasilianische Waldgesetz (Código Florestal) von 1934 stellte ein Viertel der Vegetation jedes Privatgrundstücks unter Schutz. Daraus wurde 1965 eines der fortschrittlichsten Waldschutzgesetze der Welt entwickelt, nach dem je nach Biom ein genau bestimmter Flächenanteil nicht entwaldet werden durfte (Flächen mit gesetzlichem Vorbehalt) und Flussufer, Quellen, Berggipfel sowie Abhänge permanent geschützt wurden (Permanent Geschützte Areale). Im Amazonasgebiet mussten 50%, im Rest des Landes 20% eines Privatgrundstücks bewaldet bleiben. Dieser Anteil wurde 1996 noch einmal erhöht – auf 80% im Amazonasgebiet, auf 35% in der Cerrado-Region (die tropischen Savannen) innerhalb der Amazonas-Bundesstaaten und auf 20% im restlichen Brasilien.

Gesetzesnovellierung – aktueller Stand und Verfahrensschritte

Seit Ende der 90er Jahre wurde in mehreren parlamentarischen Initiativen versucht, den Prozentsatz der geschützten Waldanteile zu verringern. Am 24. Mai 2011 hat nun die Abgeordnetenkammer (die untere Kammer) des Parlaments eine entsprechende Neufassung des Waldgesetzes verabschiedet. Anschließend haben vier Kommissionen des föderativen Senates nur geringfügige Änderungen zum Gesetzestext empfohlen. In der Nacht zum 7. Dezember 2011 beschloss der brasilianische Senat daraufhin, das geltende Waldschutzgesetz auszuhebeln. Die letzte notwendige Abstimmung im Parlament, geplant für den 14. Dezember, wurde dreimal vertagt - auch dank des öffentlichen und politischen Drucks in Brasilien und von außerhalb Brasiliens.

Trotz der Proteste in Brasilien und im Ausland hat das brasilianische Abgeordnetenhaus die Novellierung des Waldgesetzes am 25. April 2012 verabschiedet. Die Fraktionsvorsitzenden haben sich somit gegen die offizielle Position der Regierung gestellt und für die Novellierung gestimmt. Infolgedessen wurde die Fassung des Senates vom 07. Dezember 2011 mit 274 zu 184 Stimmen



verabschiedet. Gleich im Anschluss wurden mehrere negative Veränderungen dieser Fassung gebilligt.

Formal fehlt jetzt noch die Unterschrift von Präsidentin Dilma Rousseff, um das Gesetz in Kraft treten zu lassen. Falls sie das Gesetz oder Teile davon ablehnt, hat sie 15 Werktag Zeit (voraussichtlich bis zum 22. Mai), ein partielles oder vollständiges Veto einzulegen. Sie kann selbst aber keine Änderungen einfügen. Das Parlament wiederum kann binnen 30 Tagen mit einer Mehrheit von 50 % plus einem Abgeordneten, die in beiden Kammern erreicht werden muss, das Veto der Präsidentin überstimmen.

Einige negative Auswirkungen des Gesetzestextvorschlags

1. Der Gesetzentwurf verwässert und verkompliziert die Forst-Gesetzgebung erheblich und macht deren Anwendung schwer bis unmöglich.
2. Der Großteil der vor 2008 illegal entwaldeten Flächen wird durch eine Amnestie legalisiert.
3. Im brasilianischen Teil der Amazonas-Region kann Privatbesitzern erlaubt werden, den geschützten Bewaldungsanteil von 80% auf 50% zu reduzieren.
4. Bis zu 90% des ländlichen Privatbesitzes können von der bisherigen Auflage befreit werden, illegal abgeholzte Flächen aufzuforsten.
5. Rinderzucht wird auf Berggipfeln und an Hängen erlaubt.

Voraussehbare Folgen

1. Laut einem Bericht des IPEA (Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung), das dem brasilianischen Präsidentsamt unterstellt ist, würde eine schwächere Gesetzesfassung dazu führen, dass Brasilien bis zu 76,5 Mio. Hektar Wald verlöre und dass bis zu 28 Mrd. Tonnen CO₂-Äquivalent freigesetzt würden.
2. Der mögliche Imageschaden und höhere Produktionskosten infolge der Zunahme der Erosion und des Düngemittleinsatzes könnten zu Vermarktungsproblemen im Ausland führen und so wirtschaftliche Verluste für die brasilianische Land- und Viehwirtschaft bedeuten.
3. Fehlende Staatseinnahmen in Höhe von mehr als 3 Mrd. Euro durch die Amnestie der Umweltverbrechen wären die Folge.
4. Brasilien würde voraussichtlich Zusagen im Rahmen internationaler Vereinbarungen nicht mehr erfüllen können, vor allem bei der Bekämpfung der Entwaldung und der Verringerung von Treibhausgasemissionen (UNFCCC).

Mögliche Alternativen auf der Grundlage des bestehenden Forstgesetzes

1. Zonierung und Nutzung von bis zu 61 Mio. Hektar, die derzeit unproduktiv als Weideland genutzt werden. Diese stünden sofort und ohne zusätzliche Abholzung der landwirtschaftlichen Nutzung zur Verfügung.
2. Effizienzsteigerung auf vorhandenen agrar- und viehwirtschaftlichen Flächen.
3. Umstellung des Agrarsektors hin zu einer nachhaltigen und langfristig ausgelegten Produktion.



4. Ausweitung und Einführung von nationalen und internationalen Mechanismen für die Honorierung von Umweltdienstleistungen.

Hauptbestimmungen der Gesetzesentwürfe von Abgeordnetenhaus und Senat sowie finale Fassung im Vergleich zum bestehenden brasilianischen Waldgesetz von 1996					
Bestimmung	1996	Unterhaus	Senat	Finale Fassung	Kommentare
Amnestie für illegale Entwaldung, die vor Juli 2008 stattfand.	Nein	Ja	Ja	Ja	Damit würden illegale Handlungen nachträglich legalisiert.
Erlaubnis die unter Schutz stehende Mindestwaldfläche im Amazonas-Gebiet von 80% auf 50% verringern.	Ja	Ja	Ja	Ja	Damit würde illegale Abholzung gefördert werden, in der Erwartung, dass auch diese nachträglich legalisiert werden kann. Das Problem wird zusätzlich dadurch verschärft, dass die neuen Texte unterschiedlich ausgelegt werden können.
Erlaubnis von Waldrodungen in „Permanent Geschützten Arealen“ (Flussufer, Quellen, Berggipfel sowie Abhänge).	Nein	Ja	Ja	Ja	Dies wird zu weiterer Bodenerosion führen und letztlich zu einem erhöhten Risiko von Überschwemmungen und Erdbeben.
Erlaubnis von Weidewirtschaft auf entwaldeten Bergkuppen und erosionsgefährdeten Hängen, die zu diesem Zweck illegal vor Juli 2008 besetzt worden sind.	Nein	Ja	Ja	Ja	Damit würden illegale Handlungen nachträglich legalisiert und die Wiederherstellung sensibler Gebiete verhindert.
50%ige Reduktion der Mindestbreite von Galerie-Wäldern, die entlang kleiner Flüsse wiederhergestellt werden müssen (betrifft aller Flüsse des Landes).	Nein	Ja	Ja	n.a.	Nach Angaben der Brasilianischen Gesellschaft für Wissenschaftlichen Fortschritt (SBPC) sind aufgrund dieser Bestimmung schwerwiegende negative Auswirkungen auf Wasserquellen zu befürchten.
Wiederherstellung von illegal abgeholzten Wäldern: Könnte nun in einem anderen Staat durchgeführt werden. Dabei könnten bis zu 50% der Fläche mit exotischen Pflanzen bepflanzt werden (z.B. Eukalyptus- oder Palmen-Plantagen).	Nein	Ja	Ja	Ja	Damit wird das Ziel der Wiederherstellung nicht erreicht, es besteht außerdem die Gefahr, dass ganze Regionen zu Wüsten degradieren.
Abschaffung des Status „Permanent Geschützte Areale“ für Mangroven- und Palmensümpfe.	Nein	Ja	Nein	Ja	Diese Sümpfe sind ökologisch betrachtet von sehr großer Bedeutung.
Signifikante Minderung der geschützten Feucht- und Überschwemmungsgebiete durch Neuberechnung der „Permanent Geschützten Areale“ .	Nein	Ja	Ja	Ja	Durch beide Entwürfe würden die wichtigsten Feucht- und Überschwemmungsgebiete des Amazonas-Beckens und des Pantanal ihren Schutz verlieren. Diese Ökosysteme erfüllen jedoch wichtige ökologische Funktionen.
Ausnahmeregelung für Grundbesitz im ländlichen Raum von bis zu 440 ha (betrifft 90 % des ländlichen Grundbesitzes Brasiliens) dahingehend, dass „Flächen mit gesetzlichem Vorbehalt“ nicht wiederhergestellt werden müssen.	Nein	Ja	Ja	Ja	Laut IPEA betrafe dies eine Gesamtzahl von 4 Mio. Grundstücken mit einer Gesamtfläche von 135 Mio. ha. Die Bestimmung ließe die Möglichkeit offen, größere Flächen Grundbesitz in kleinere aufzuteilen und könnte somit zu einer nahezu allumfassenden Ausnahmeregelung führen.
Kommunal- und Landesregierungen dürfen Entwaldungen autorisieren und dabei die Bundeswaldpolitik außer Kraft setzen.	Nein	Ja	Ja	Ja	Diese Bestimmung würde die Um- und Durchsetzung des Forstrechts geradezu unmöglich machen.
Versuch, das ländliche Kataster zu regulieren.	Ja	Ja	Ja	Ja	Die Regulierung des Katasters wäre positiv, aber beide neue Entwürfe sehen die Georeferenzierung einer Fläche nur durch einen einzigen Referenzpunkt vor (und machen die Regelung damit wirkungslos). Sie bieten keinen Mechanismus um weitere illegale Abholzung zu verhindern.
Einrichtung eines neuen Programms für Privatbesitzer, um deren Umweltvergehen zu regulieren	n.z.	Ja	Ja	Ja	Diese Bestimmung könnte positiv sein, aber ohne zeitliche Fristen zu setzen, eröffnet die Bestimmung die Möglichkeit einer dauerhaften Amnestie.
Erstellung eines nachvollziehbaren und verständlichen Rechtsrahmens.	Ja	Nein	Teilw.	Nein	Obwohl der Entwurf des Senats etwas leichter verständlich und besser strukturiert ist als der Entwurf des Abgeordnetenhauses und eigene Kapitel zu Übergangsbestimmungen, landwirtschaftlichen Familienbetrieben und zu relevanten städtischen Regeln und Ordnungsprinzipien beinhaltet, bleibt die Endgültige Fassung mangelhaft.



Quellen

1. ABC (Brazilian Academy of Sciences) und SBPC (Brazilian Society for the Advancement of Science) (2011): *The Forest Code and Science: Contributions for the dialogue*: <http://www.abc.org.br/IMG/pdf/doc-1983.pdf>
2. Comitê Brasil em Defesa das Florestas e do desenvolvimento sustentável (2011). *Forest Law approved by the Senate means a two decade backset for Brazil's environmental policy*.
http://assets.wwf.org.br/downloads/brazilian_committee_to_save_forests_letter_doc.pdf
3. Filho, W.B. (2011): Pressemitteilung WWF Brasilien: *Draft Forest Law Reform Bill means economic losses for Brazilian agriculture*:
<http://www.wwf.org.br/informacoes/english/?uNewsID=28995>
4. IPEA (2011): *Código Florestal: Implicações do PL 1876/99 nas Áreas de Reserva Legal*:
http://www.ipea.gov.br/portal/images/stories/PDFs/comunicado/110616_comunicadoipea96.pdf
5. Minc, C. et al. (23. Juni 2011): *Open letter to the President of the Republic (Dilma Rousseff) and the National Congress*:
http://assets.wwfbr.panda.org/downloads/23_may_2011_letter_brazilian_environment_ministers.pdf
6. SOS Florestas (2011): *Forest Legislation in Danger. Forest Law: an Analysis of Major Flaws in the New Aldo Rebelo Report*:
http://assets.wwfbr.panda.org/downloads/may_2011_forest_law_analysis_major_flow_s_new_report_doc.pdf
7. Sparovek, G.; Barretto, A.; Klug, I.; Berndes, G. (2010): *Considerações sobre o Código Florestal brasileiro*:
http://www.imaflo.org/upload/repositorio/gerdspavorek_CF_junho.pdf
8. Taitson, B. (23. Mai 2011): Pressemitteilung WWF Brasilien: *Former Brazilian Ministers of the Environment call for rejection of Aldo Rebelo text*:
http://www.wwf.org.br/informacoes/english/brazilian_forest_law_reform.cfm?28990/Former-Brazilian-Ministers-of-the-Environment-call-for-rejection-of-Aldo-Rebelo-text

Ansprechpartner

Roberto Maldonado
Lateinamerika-Referent
WWF Deutschland
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

Telefon: (030) 311 777 231
E-Mail: roberto.maldonado@wwf.de